

An das
65. Studierendenparlament
Universität zu Köln
- im Hause -



Fraktion campus:grün im
65. Studierendenparlament
Universität zu Köln
gruene-liste@uni-koeln.de
www.campusgruen.uni-koeln.de

Köln, 16.06.2020

Bundesweite Student*innenvertretung stärken – Wiedereintritt in den freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität zu Köln tritt zum 01.10.2020 in den freien Zusammenschluss von student*innenschaften e.V. ein.

Der Allgemeine Studierendenausschuss wird damit beauftragt schnellstmöglich einen entsprechenden Beitrittsantrag beim freien Zusammenschluss von student*innenschaften e.V. zu stellen.

Für den Mitgliedsbeitrag soll im Haushalt der Studierendenschaft ein eigener Titel geschaffen werden.

Eine Änderung der Mitgliedschaft oder ein Austritt ist nur nach entsprechendem Beschluss im Studierendenparlament möglich.

Begründung:

2013 ist die Studierendenschaft der Universität zu Köln aus dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften e.V. (folgend: fzs) ausgetreten und hat damit die bundesweite Interessenvertretung aller Student*innen erheblich geschwächt.

Der fzs ist der überparteiliche Dachverband von Student*innenvertretungen in Deutschland und vertritt aktuell mit ca. 90 Mitgliedern rund eine Millionen Student*innen. Die Universität zu Köln, als größte Präsenzuniversität mit einer verfassten Studierendenschaft, schwächt die Möglichkeiten des fzs hier also in besonderer Form.

Gegenstimmen behaupten, die Studierendenschaft der Universität zu Köln wäre durch eine Mitgliedschaft im Landes-ASTen-Treffen ausreichend vertreten. Hochschulpolitik liegt jedoch in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern. Der Bund gibt die Rahmengesetzgebung vor. Darüber hinaus regelt er gemeinsam mit den Ländern den Hochschulbau, die Studienfinanzierung und die Forschung. Student*innen brauchen einen studentischen Dachverband, damit sie ihre Interessen gegenüber Hochschule, Politik und Öffentlichkeit bundesweit vertreten können.

Mit einer Mitgliedschaft im fzs würde die Studierendenschaft der Universität zu Köln die einzige überparteiliche, bundesweite, studentische Interessenvertretung stärken. Darüber hinaus könnte sie dazu beitragen, demokratisch legitimierte Positionen zu entwickeln und sie schlagkräftig in hochschulpolitische Debatten und Entscheidungsprozesse einzubringen.

Neben der allgemeinen Interessenvertretung und dem gemeinsamen Entwickeln von Positionen, die dann in den politischen Diskurs eingebracht werden können, bietet der fzs außerdem Raum für Austausch unter den Studierendenschaften, die sich in ihm zusammengefunden haben. Darüber hinaus ermöglicht der fzs auch den Stimmen der Kölner Student*innen europäisch und international eine Stimme zu geben. So vertritt er beispielsweise die Student*innen aus Deutschland in der European Students' Union (ESU). ESU ist fest eingebunden in die Beratungs- und Beschlussprozesse im europäischen Hochschulraum, also dort, wo die Bologna-Reform reflektiert und weiterentwickelt wird, dort, wo die Anforderungen an die nationalen Hochschulsysteme weiterentwickelt werden. Darüber hinaus bietet der fzs den Studierendenschaften und ihren Vertretungen Schulungen zu den verschiedensten hochschul- und gesellschaftspolitischen Themen an.

Gerade in Zeiten von Covid-19 ist klar geworden, wie wichtig eine Vernetzung der Studierendenschaften ist. So beteiligt sich der Allgemeine Studierendenausschuss schon jetzt an Bündnissen, die vom fzs getragen werden, wie z.B. dem „Bündnis Solidarsemester“ oder an bundesweiten Demonstrationen, wie z.B. „Eine Milliarde für eine Million – Studi-Hilfe jetzt!“ am 20. Juni 2020 in Berlin. Diese Demonstration bezuschusst die Kölner Studierendenschaft nach Beschluss des Studierendenparlaments vom 10.06.2020 auch mit insgesamt 8.000€ - Geld, was auch gut jedes Jahr beim fzs angelegt wäre.

Damit ergibt sich auch der letzte große Kritik- und Streitpunkt: Das Geld. Der Mitgliedsbeitrag im fzs beträgt 0,80€ pro Student*in/Jahr. Das wären für die Universität zu Köln knapp über 40.000€ pro Jahr. Hier ist der fzs jedoch bereits vor dem Austritt der Studierendenschaft der Universität zu Köln auf diese zugekommen und hat in ihrer Finanzordnung eine Obergrenze für größere Universitäten von 30.000€ pro Jahr vorgesehen. Faktisch bezahlen wir also pro Student*in nur etwa 0,59€ pro Student*in/Jahr, weit weniger als andere Universitäten. Zusammen mit der Mitgliedschaft im Landes-ASten-Treffen würden also gerade einmal etwa 0,64€ des AStA-Beitrags für überregionale Vertretung aufgewendet werden und dies sollte uns diese auf jeden Fall wert sein. Hinzu kommt noch, dass wir nach Finanzordnung des fzs sogar im ersten Jahr (Das Haushaltsjahr des fzs beginnt am 01.10) nur einen verminderten Beitrag von 15.000€ zahlen müssten.

Lasst uns die bundesweite Vertretung der studentischen Interessen endlich wieder stärken und an dieser aktiv mitwirken!